

Wahrer, der in den tiefen christlichen und reformatorischen Glaubenswurzeln. Dann wendet sich der Redner einer gemäßigten Kritik der Politik Brünings zu und erklärt, daß seine Partei das Kabinett nur solange unterstützen werde, wie die außenpolitische Freiheit ungeschwächt mit aller Entschiedenheit geführt würde.

Abg. Rosenbergs (Nat.-Soz.) kritisiert vor allem sehr scharf die Außenpolitik des früheren Außenministers Dr. Curtius und des Reichsfinanzministers. Besonders weist er auf die deutschen Verletzungen in Polen hin. Immer sei erst ein Versuch des Aufbaus, dann ein jammervoller Zusammenbruch in der deutschen Politik der Nachrevolutionärszeit erfolgt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Reden Sie lieber von Südtirol! Lärmende Gegenrufe bei den Nationalsozialisten.)

Auf weitere Jurale von sozialdemokratischer Seite ruft Abg. Rosenbergs: „Wollen Sie eine Ohrfeige haben?“ Auf der linken Seite diese Worte große Entrüstung aus. Präsident Söbe bittet die Linke, den Redner nicht dauernd zu unterbrechen. Dann ruft er den Abg. Rosenbergs, weil er einen Abgeordneten „Adhuc“ genannt habe, zur Ordnung und verweist ihn aus dem Saal, da er anderen Abgeordneten eine Ohrfeige angeboten habe. (Beifall auf der Linken und in der Mitte, Lärm bei den Nationalsozialisten.)

Die Sitzung steigt wieder auf, da mehrere nationalsozialistische Abgeordnete, die vom Präsidenten erst mit Ordnungsrufen, dann mit Sanktion bedacht werden, dieser Anordnung nicht Folge leisten.

Nach zweifelhafter Unterbrechung eröffnet der Präsident nach 7 Uhr die Sitzung von neuem und erklärt wegen des Zwischenfalles Rosenbergs folgendes:

Es sei festgestellt, daß ein mehrfacher Jurat des kommunizistischen Abg. Heud gegen den Abgeordneten Rosenbergs erfolgt sei des Inhalts, daß von 1918 bis 1922 waren Sie Agent von Deterding. In dieser Form habe der Präsident den Jurat nicht gehört. Er rufe jetzt den Abgeordneten Heud nachträglich zur Ordnung. Der Abg. Rosenbergs andererseits habe erklärt, daß er sich nur durch diesen als Beleidigung empfundenen Zwischenfall, gegen den er sich nicht geschügt glaubte, zu seiner großen Drohung habe hinreichend lassen und daß er sie zurücknehme. Damit sei die Angelegenheit erledigt und der Präsident nimmt die Wortentziehung gegen den Abg. Rosenbergs zurück.

Er fügt hinzu, der Abg. Sprenger (Nat.-Soz.) habe erklärt, daß die Bedrohung mit der Faust von ihm nicht ausgegangen sei und auch nicht der Präsident damit gemeint sei. Da Söbe dieser ausdrücklichen Erklärung Glauben zu schenken erklärt, so nehme er auch die Ausweisung gegen den Abgeordneten zurück und fügt hinzu: Die Drohung ist demnach von einem anderen Abgeordneten erfolgt, den ich nicht feststellen kann.

Einige andere Zwischenfälle sollen morgen nach Vorlegung des Stenogramms erledigt werden. Der Präsident bittet die Abgeordneten noch einmal, sich aller Beleidigungen und Verleumdungen zu enthalten.

Von links her erfolgt bestiger Widerspruch und zwei Kommunisten werden zur Ordnung gerufen. Abg. Rosenbergs spricht sodann über die Zustände in Litauen und das Memelland und erklärt, die Ermordung eines Deutschen sei von den litauischen Gerichten ungesühnt geblieben; weiter erinnert er im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl an den Widerstand der Sozialdemokratie und des Zentrums gegen die Hindenburg-Wahl von 1925. Den Nationalsozialisten gebe es nicht um die ehrwürdige Person Hindenburgs, sondern um das Schicksal des Deutschland in der Welt. Das Zentrum sei daran schuld, wenn überhaupt eine Sozialdemokratie entstehen konnte.

Nach weiteren heftigen Angriffen auf das Zentrum schließt der Redner mit der Erklärung: Wenn Dr. Brüning in dieser Reichstagsstimmung nicht fallen sollte, so werde er einige Monate später dem Reichspräsidenten seine Demission einreichen und dieser Reichspräsident werde Hitler sein.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird die Sitzung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt; Fortsetzung der Beratung.

Heute große Kanzlerrede im Reichstag?

Berlin, 24. Februar. Die dritte Sitzung im diesmaligen Logungsschnitt des Reichstags am Donnerstag, die um 12 Uhr beginnt, wird voraussichtlich mit einer großen Rede des Reichstagskanzlers über die gesamte Innen- und Außenpolitik eingeleitet werden. Alsdann werden die übrigen Redner der ersten Rednerreihe das Wort nehmen, nämlich die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Landvolkes und der Sozialistischen Arbeiterpartei. Danach beginnt die zweite Rednerreihe. Man hofft, die Aussprache am Abend abzuschließen zu können, so daß in der Sitzung am Freitag nur noch die Abstimmungen über die zahlreiche vorliegenden Mißtrauens- und sonstigen Anträge vorzunehmen wären.

Gleichberechtigung für die deutschen Abrüstungsvorschläge.

Die Sitzung des politischen Konferenzausschusses in Genf. Im politischen Konferenzausschuss der Abrüstungskonferenz wurde auf Vorschlag Hendersons der tschechoslowakische Außenminister Benesch zum Hauptberichterstatler des Ausschusses einstimmig gewählt. Sodann begann die Aussprache über die Frage der

Verhandlungsgrundlage.

Der englische Außenminister Simon verlangt für alle Abordnungen volle Freiheit, einzelne Vorschläge auszuarbeiten und Zusatzanträge zu dem Abkommensentwurf zu stellen. Der französische Ministerpräsident Tardieu hielt am französischen Vorschlag fest nur den Abkommensentwurf des Völkerverbundes zu beraten, da die Konferenz sich sonst in Anarchie auflöse. Zu gewissen Erklärungen gewisser Abordnungen behalte er sich seine Stellungnahme vor. Gibson-Amerika schloß sich dem englisch-französischen Vorschlag an. Er betonte jedoch, daß damit in keiner Weise der Abkommensentwurf als solcher schon angenommen sei. Dieser könne nur den Rahmen für die allgemeinen Arbeiten bilden, der entscheidende Abänderungen und Ergänzungen zulasse. Der russische Außenminister Litwinow verlangte energisch eine allgemeine vollständige Abrüstung. Der italienische Vertreter meinte, entscheidend sei, daß schnellstens eine praktisch durchgreifende Endlösung der Abrüstungsfrage erfolge.

Polischer Radolny

betonte, die deutschen Vorschläge, die der Konferenz vorliegen, enthielten Elemente eines allgemeinen Abrüstungsplans und seien keineswegs nur eine Abänderung oder Ergänzung; sie enthielten Bestimmungen, die wesentliche Teile des Abkommensentwurfs grundlegend abänderten und ersetzten. Die deutsche Abordnung verlangt, daß die einzelnen Teile des deutschen Vorschlags gleichzeitig und gleichberechtigt mit den einzelnen Abschnitten des Abkommensentwurfs und den übrigen Vorschlägen erörtert würden. Der Abkommensentwurf des Völkerverbundes wurde

als Verhandlungsgrundlage der weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz einstimmig im Konferenzausschuss angenommen.

Frankreich gestaltet nicht.

Im weiteren Verlauf der Aussprache erklärte Tardieu gegenüber dem Vertreter der deutschen Regierung, daß Frankreich es unter keinen Umständen zulassen werde, daß die deutschen oder andere Abrüstungsvorschläge die einzelnen Bestimmungen des Abkommensentwurfs des Völkerverbundes ersetzten.

Es wurde sodann beschlossen, daß die nächste Sitzung zur Behandlung des sowjetrussischen allgemeinen Abrüstungsvorschlags stattfinden soll.

Der scharfe Vorstoß Tardieus im Konferenzausschuss hat allgemein großes Aufsehen erregt. Die an den deutschen Vertreter Radolny gerichtete Erklärung Tardieus, daß Frankreich seinerseits Abänderung des Abkommensentwurfs des Völkerverbundes zulassen werde, wird allgemein dahin verstanden, daß die französische Regierung nach wie vor uneingeschränkt an dem Artikel 53 des Abkommensentwurfs festhält, in dem die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages als eine grundsätzliche Voraussetzung eines jeden Abrüstungsabkommens aufrechterhalten werden.

Die sachlichen Ergebnisse der Aussprache bestehen darin, daß zwar der Abkommensentwurf als der allgemeine Rahmen für die Verhandlungen angenommen worden ist, daß jedoch die Vorschläge der übrigen Abordnungen und somit auch der deutsche Vorschlag gleichzeitig und gleichberechtigt mit den einzelnen Abschnitten des Abkommensentwurfs zur Verhandlung gestellt werden.

Amerika gegen Japan.

Stimson droht mit Nichtigerklärung des Washingtoner Flottenabkommens.

Staatssekretär Stimson hat in einem Brief an den Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses des Washingtoner Senats, Senator Borah, mittelbar auf die letzte japanische Antwortnote an den Völkerverbund geantwortet.

Stimson wirft Japan vor, absichtlich den Washingtoner Neunmächtevertrag verletzt zu haben. Er fordert die Aufrechterhaltung der Politik der offenen Tür in China, andernfalls Amerika das Washingtoner Flottenbeschränkungsabkommen für nichtig erklären werde.

Im einzelnen legt Stimson dar, der Neunmächtevertrag sichere allen Mächten dieselben Aussichten für den Handel im Fernen Osten, und schalte gleichzeitig eine Vereinerung einer fremden Macht auf Kosten Chinas aus. Die Abrüstungspolitik der Vereinigten Staaten baut auf der Beachtung des Neunmächtevertrages, des Kellogg-Palles und auf der Politik der offenen Tür in China auf.

Die Nichtachtung eines einzelnen Vertrages mache infolgedessen das ganze Vertragssystem hinfällig. Die Innehaltung der Verträge hätte bestimmt die jetzige zugespitzte Lage im Fernen Osten verhindert. Stimson ruft dann mittelbar die Weltmächte um Unterstützung an.

Die Sowjetunion protestiert in Tokio.

Der russische Botschafter in Japan hat Anweisung erhalten, bei der japanischen Regierung Einspruch zu erheben gegen die Anwesenheit des weißgardistischen Führers Semjonow, der sich bei Tokio aufhält und wegen Aufstellung weißgardistischer Truppenteile für den Kampf gegen die Sowjets verhandeln will.

Die Sowjetregierung hat beschlossen, die Gehälter der Roten Armee und Marine vom 1. Mai 1932 ab um 15 Prozent zu erhöhen.

Erklärung von Kiangwan noch nicht bestätigt.

Über die Kampfpläne bei Kiangwan liegen sich widersprechende Meldungen vor. Die Nachricht, wonach die Japaner Kiangwan von neuem erklümt hätten, konnte bisher noch nicht bestätigt werden. Tatsache ist, daß ein neuer japanischer Angriff nach Artillerie- und Mörservorbereitung einsetzte. Der japanische Vorstoß soll jedoch erfolglos gewesen sein.

Der chinesische Oberbefehlshaber in Schanghai, Tsai, teilte amtlich mit, daß sich die chinesischen Verluste an Soldaten seit dem 28. Januar auf 2000 Mann belaufen. Die Verluste an Zivilisten gab er auf 6000 an.

Biersteuererhöhung ab 20. März.

Wie verlautet, hat der Reichsfinanzminister seine Zustimmung dazu gegeben, daß vom 20. März ab die Biersteuer um sieben Mark je Hektoliter gesenkt wird, und zwar überall dort, wo sie 22 Mark je Hektoliter und mehr beträgt.

Auch Senkung der Branntweinsteuer.

Der Gewerbeausschuss beim Branntweinmonopol hielt eine außerordentliche Sitzung ab, in der durch die Vertreter des Gewerbes mit großem Nachdruck auf den ständigen Rückgang der fiskalischen Erträge aus dem Branntweinmonopol und auf die allein schon hieraus sich ergebende Notwendigkeit einer erheblichen Spirituspreissenkung hingewiesen wurde.

Der Vertreter des Finanzministeriums anerkannte rückhaltlos die sich aus dem ständigen Rückgang des Branntweinverbrauchs ergebende schwere Schädigung der Reichsfinanzen. Er sei ermächtigt, die Erklärung abzugeben, daß gleichzeitig mit der Senkung der Biersteuer eine den fiskalischen Interessen gerechtere Senkung des Spirituspreises erfolgen würde.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 25. Februar 1932.

Merksblatt für den 26. Februar.

Sonnenaufgang	6 ⁴⁴	Mondaufgang	8 ⁰⁰
Sonnenuntergang	17 ²⁷	Monduntergang	—
1802: der französische Dichter Victor Hugo geb.			

Der Schalltag.

Es hat sich natürlich längst herumgesprochen, daß wir in einem Schaltjahr leben und daß der Monat Februar, in dem wir uns gerade befinden, 29 Tage hat statt der 28, die anderen Februare zugeteilt sind. Der 29. Tag, so wird natürlich jeder, dem die Sache am Herzen liegt, fest-

stellen, ist der Schalltag. Mit Verlaub: der 29. Tag ist nicht der Schalltag! Julius Cäsar, der durch die Gymnastien belanntgewordene römische Feldherr, der im Jahre 46 v. Chr. den nach ihm benannten julianischen Kalender und mit diesem das alle vier Jahre wiederkehrende Schaltjahr einführt, gab dem Schalttag keine Stelle nach dem 28. Februar. Der eingeschaltete Tag liegt also zwischen dem 24. und dem 29. — und jeder kann sich nun wohl den Tag aussuchen, der ihm am besten als Schalltag zusagt. Astronomisch wird das aber wahrscheinlich nicht so sein: die Astronomen werden schon wissen, welcher von den zur Auswahl stehenden Februartagen der einzig mögliche Schalltag ist.

Wir anderen aber bleiben bis auf weiteres beim 29. Februar, denn das ist ja immerhin der Tag, auf den es ankommt. Es ist ein Jammer mit diesem 29., und die armen Menschen, welche an einem 29. Februar geboren wurden, haben ihr ganzes Leben lang darunter zu leiden, indem sie dieses ganze Leben lang allerlei Niederlagen, Hänfereien und ironischen Bemerkungen ausgeführt sind. Wenn einer mitteilt, daß er am 29. Februar geboren sei, sagt bestimmt und sofort ein anderer: „Ach, dann haben Sie ja nur alle vier Jahre Geburtstag!“ Man betrachtet das als einen Witz und lacht. Aber wie ist das wirklich mit den Geburtstagen derer vom 29. Februar? Geburtsstage feiern kann man ja zu jeder Zeit, denn das ist eine durchaus private Angelegenheit. Am 28. Februar wird wohl keiner, der am 29. geboren ist, sich zur Feier entschließen, denn warum soll man sich älter machen als man von Natur ist? Also müssen die vom 29. Februar in Nichtschaltjahren wohl am 1. März feiern. An sich läßt sich ja dagegen nichts sagen, aber man ist dann doch immerhin kein Februarkind mehr, sondern ein Märzkind, und das hat vielleicht bei Horoskopen, die man sich stellen läßt, keine tiefere Bedeutung. Aber, wie gesagt, das ist jedermanns eigene Sache, und kein anderer Mensch hat sich darum zu kümmern.

Wie machen es aber die Behörden, bei denen doch peinlichste Ordnung herrscht? Wie ist das mit Matrizen und Standesamtsregistern? Und darf einer vom 29. Februar in den Nichtschaltjahren seinen Geburtstag ganz einfach fortgerieren und juristisch oder vorverlegen? Die Schlichtjahre sollten da einmal über ihre Erfahrungen etwas zum besten geben — es würde sich bestimmt lohnen und in dieser traurigen Zeit vielleicht einiges zu unserer Erheiterung beitragen. Und dann noch eine Frage: Gibt es schon einen Verein oder Verband der am 29. Februar Geborenen? Wenn nicht, dann muß das sofort nachgeholt werden! Einen solchen Verein müssen wir unbedingt haben!

Hundert Jahre Gustav-Adolf-Verein. Mit dem Gedenten an den Sieg und Tod Gustav-Adolfs vor dreihundert Jahren begeht die große Gustav-Adolf-Gemeinde in diesem Jahre die Erinnerung an die vor hundert Jahren gefundene Gründung des Gustav-Adolf-Vereins. Gleichsam als Auftakt für diese Feier in Wilsdruff wird diesen Sonntag in der hiesigen Kirche ein Geistlicher die Predigt halten, der lange Jahre in der Diaspora tätig gewesen ist.

Landwirtschaftlicher Verein. Die stark besuchte Versammlung am gestrigen Mittwoch nahm zunächst Kenntnis von der Prüfung der Jahresrechnung und ihrer Richtigkeit, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Einem Schreiben der Landwirtschaftskammer über evtl. Schließung der Landwirtschaftlichen Schule in Tharandt schloß Gutsdreyer Preuher die Bitte an, auch der Landwirtschaftlichen Schule für Mädchen in Wilsdruff noch Schülerinnen zuzuführen, damit der Bestand erreicht werde, der zur Erhaltung der Schule notwendig sei. Dann hielt Dr. Friedrich von der Kreisdirektion der Landwirtschaftskammer einen außerordentlich fesselnden und lehrreichen Vortrag über

„Der Anlaß zum Zusammenbruch vieler landwirtschaftlicher Betriebe und die sich hieraus ergebenden Lehren.“

Die Landberatungsstellen der Kammer, so führte der Redner aus, haben die Aufgabe, notleidenden und vor dem Zusammenbruch stehenden Betrieben der Landwirtschaft Hilfe angedeihen zu lassen. Dabei hat sich allerdings herausgestellt, daß ohne Geld keine Hilfe zu bringen ist. Der Grund der Zusammenbrüche liegt einheitlich in der Differenz zwischen dem tiefen Preisstand der landwirtschaftlichen Produkte und den Erzeugungskosten. Der Anlaß zum Zusammenbruch ist aber ganz verschieden. Bei der Bearbeitung von rund 170 Fällen stellte sich eine Verschuldung, gemessen an dem Einheitswert von 1928, von 101 bis 151 Prozent, im Durchschnitt also von 116 Prozent heraus. Das war auf den Hektar etwa 220 Mark und bedingt bei nur fünf Prozent Verzinsung eine Last von 116 Mark je Hektar, die sich noch um die Tilgungsquote erhöht. Das ist in den besten Betrieben nicht mehr herauszuwirtschaften. Der Anlaß zur Verschuldung war bei dreißig bis vierzig Prozent der viel zu hohe Preis beim Kauf bzw. bei der Pachtübernahme, vielfach war auch das Eigenkapital nicht groß genug. Gerade die junge Generation, die 1924/25 bei der Selbständigmachung hohe Bodenpreise bezahlte in der Hoffnung, die Verhältnisse zu meistern, sind infolge der katastrophalen Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte zusammengebrochen. Beim Kauf empfiehlt es sich in jedem Falle, einen alten erfahrenen Landwirt aus dem betreffenden Orte mit zuzuziehen und das Grundbuch nach Hypothekenklauseln oder Dienstbarkeiten zu studieren. Bei Pachtübernahmen muß man sich vorher über das Vermögen des Besitzers orientieren, weil lebendes und totes Inventar als Zubehör dem Zugriff der Hypothekengläubiger ausgeföhrt sind. Die Aufführung neuer Gebäude ist vollkommen undisputabel. Man muß sich höchstens mit Ausbesserungsarbeiten befassen. Die Brandkasse entschädigt jetzt im Schadensfall mit 140 Prozent des Friedenswertes. Es ist sehr schwierig, selbst dafür die Gebäude wieder im alten Zustand zu errichten. Genaue Kostenschätzungen müssen eingefordert werden. Die Landwirtschaftskammer gibt Rat und Hilfe in ihrer Bauwerkstunde. Die Feuerversicherung entschädigt nur den Zeitwert, es ist deshalb auch grundverfehrt überzuversichern. Die Anschaffung von Maschinen ist nur gutzubehalten, wenn sie von erpartem Gelde bezahlt werden können. Der Kauf auf Kredit hat viele Zusammenbrüche herbeigeföhrt, trotz günstiger Zahlungsbedingungen. Viel Unheil hat auch die Ausstellung von Wechseln, die Vergabe von Pfandwechseln und die Uebernahme von Bürgschaften angerichtet. Heute darf kein Wechsel mehr ausgestellt werden, wenn man nicht gleichzeitig die Garantie hat, daß man am Zahlungsetage auch das Geld hat. Unbedingte Notwendigkeit ist auch die Zinszahlung für die ersten Hypotheken. Große Vorsicht ist bei der Aufnahme von Darlehen am Platze, waldverleiber aller Art haben es darauf abgesehen, dem Geldsuchenden den leichten Groschen aus der Tasche zu ziehen. Grundsätzlich muß auch vor den Bausparlaffen gewarnt werden. So verfehrt es war.

Die Fortsch...
so ma...
gelagt...
Welch...
Feuer...
fachen...
Bestat...
danke...
Freun...
lich, d...
verfeh...
einer...
in...
oder...
Zwe...
Berw...
man...
entfick...
Heuer...
person...
wagur...
mag...
bez...
zu...
zu...
nung...
Schreib...
forsch...
stapan...
Gründ...
ermäh...
Berbi...
Abger...
zu B...
habet...
ander...
am B...
Nabm...
Zeihn...
Dreht...
Schalt...
wärt...
die F...
aus t...
Viert...
Licht...
sich...
lame...
gung...
Einig...
und...
daber...
Verb...
wer...
die...
grö...
lassen...
jeiner...
so de...
Recht...
sitz...
forde...
einer...
auf t...
entfick...
renti...
baup...
ober...
auch...
alle...
wirts...
volke...
reger...
trag...
schei...
Sie...
vor...
der...
Figur...
von...
jedem...
den...
ans...
Ton...
als...
auf...
filmi...
allen...
trüg...
rigen...
rigen...
Eid...
von...
frau...
acht...
ten...
Subj...
D...
gibt...
im...
und...
berg...
reich...
ein...
gew...